

EDITORIAL

Veränderung setzt Fähigkeit und Willen voraus

Manchmal stößt harsche Kritik sinnvolle Diskussionen und Erkenntnisse an. So auch die [Kritik](#) des Journalisten Hajo Schumacher an der Berliner Verwaltung bei einer Diskussion bei Markus Lanz. Auch vor Corona zeigte sich an vielen Stellen deutlich: Die Berliner Verwaltung tut sich schwerer als viele andere Landesverwaltungen. [Andere](#) sehen Berlin als Spitzenreiter bei der Digitalisierung. Viele Verwaltungsleistungen konnten erfolgreich digitalisiert werden. Dieser Fortschritt kommt bei BürgerInnen aber noch nicht an. Monatelange Wartezeiten für alltägliche Leistungen, auf die BürgerInnen angewiesen sind, bringen viele Berliner zur Verzweiflung. Versuche der Modernisierung der Berliner Verwaltung werden von der Presse als „[eine Geschichte des Misserfolgs](#)“ bezeichnet. Digitale Kompetenzen, moderne Arbeitsausstattung, koordiniertes Datenmanagement und Arbeitsprozesse, die eine moderne Verwaltungen ausmachen – hier müsse Berlin dringend aufholen, so die Kritik.

Um für die BürgerInnen Entlastung statt Last zu sein, sollte Verwaltung stets innovationsbereit und innovationsfähig sein. Darüber berichtet Katharina Nowak in der Rubrik InFocus. Auch bei den Digitalen Synergien beschäftigte uns die Veränderungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Aydan Portakaldali vom Innovationsteam des BMI diskutierte mit uns, wie Veränderung gelingen kann. Hierüber berichten wir in InPerson.

Mitglied des Vorstands der msg Bernhard Lang beschreibt im Comment dieser Ausgabe, wie eine Internationalisierung des Unternehmens gelingen konnte und wie Hürden bewältigt wurden – auch in der Krise.

Über technologischen und sozialen Fortschritt spricht die Bundestagsabgeordnete der Linken Jessica Tatti in Political Voice.

Weitere Themen dieser Ausgabe sind der geplante Digital-Check für die Gesetzgebung, der Fortschritt bei der Planung von GAIA-X und der Schulhackathon #WirFürSchule.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen und eine erholsame Sommerpause!

Mit freundlichen Grüßen

Regina Welsch

Redaktionsleitung *Digital Insight*

Lead Public Affairs Manager, msg

COMMENT

Mit innovativen Produkten die Welt erobern – auch in der Krise



Bernhard Lang arbeitet seit 24 Jahren bei der msg: Nach seinem Start als Werkstudent wurde er 2016 in den Vorstand berufen. Seit dem Einstieg in die msg-Gruppe war er maßgeblich am Aufbau des internationalen Geschäftes der msg beteiligt.

Kooperieren deutsche Mittelständler mit globalen Konzernen wie der SAP, kommen sie schnell an einen Punkt, an dem sie weltweit Kunden vor Ort beraten müssen. Der Sprung ins Ausland ist für jedes Unternehmen eine spannende Aufgabe. Da die Partnerländer andere Herausforderungen bereithalten als Deutschland, sind oft neue Lösungen zu finden. Dies war auch für die msg der richtige Ansatz.

Getreu dem Motto „The small tree doesn't grow in the shade of the big tree“ entschied der Vorstand 2008, die internationalen Aktivitäten des Unternehmens vom Hauptkonzern zu trennen. Seit der Gründung der msg global ag laufen die internationalen Geschäfte weitgehend unabhängig von der deutschen Mutterorganisation. So kann msg global flexibel und schnell auf die jeweiligen Gegebenheiten im Ausland reagieren, ohne dass Entscheidungen einen langen Zustimmungsprozess in den Vorstandsgremien der Mutterorganisation durchlaufen müssen. Mittlerweile ist das internationale Geschäft der msg global ag eine Erfolgsgeschichte: Die Zahl der Mitarbeitenden ist innerhalb von 10 Jahren von 30 auf 1000 gewachsen; das Unternehmen ist in 20 Ländern vertreten und über weitere Gruppenunternehmen kommen Gesellschaften in 7 weiteren Ländern dazu.

Entscheidend für den Erfolg im Ausland ist es, den Markt vor Ort richtig einzuschätzen. Welche wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten liegen vor? Gibt es rechtliche Besonderheiten zu beachten? Erst dann können die passenden Rahmenbedingungen für Verkaufslösungen gesetzt werden. Zudem ist es wichtig, eine passende Nische zu finden und exklusive Inhalte auf den Markt zu bringen. msg global schaffte dies 2008 mit einem SAP-Produkt für die Rückver-

sicherung, das prädestiniert für das internationale Geschäft war. Dass dies während der globalen Finanzkrise gelang, zeigt, dass gute Produkte unabhängig von globaler Rezession bestehen können.

Eine der anspruchsvollsten Aufgaben meiner Karriere war der Aufbau des Geschäfts in Brasilien. Der Markt vor Ort ist für Außenstehende schwer zu durchschauen; hohe Einfuhrsteuern behindern den Import von Services aus Deutschland. Profitabel arbeitet nur, wer lokales Personal anstellt und ausbildet. Indem wir Nischen im Bereich der Fischproduktion und der Rückversicherung besetzten, schafften wir den Einstieg in den brasilianischen Markt.

Schwellenländer wie Brasilien leiden unter der aktuellen Krise besonders. Die COVID-19-Pandemie trifft dort auf ein schwaches Gesundheits- und Sicherheitssystem; die Wirtschaft stürzt mit einem Kursverfall des brasilianischen Reals um 45 Prozent in eine existenzbedrohende Rezession. Dabei macht die instabile Situation auch vor ausländischen Unternehmen nicht halt. Das internationale Geschäft wird in Zukunft unsicherer. Wir werden noch lange mit Reisebeschränkungen und unvorhersehbaren politischen Dynamiken rechnen müssen.

Doch Krisensituationen können überwunden werden, wie der Blick auf die größte Wirtschaftsmacht der Welt verdeutlicht: Die USA werden aufgrund ihres liberalen Systems mit wenigen Sicherheitsmechanismen oft härter von Krisen getroffen als die Länder in Europa. Gleichzeitig kommen die Vereinigten Staaten dank der Innovationsfreundlichkeit ihrer Wirtschaft auch schneller aus der Belastungsphase heraus. Aufgeschlossenheit gegenüber Innovationen kann auch in Deutschland der Schlüssel zum Erfolg werden. Wenn wir es schaffen, passende Rahmenbedingungen für Innovationen bereitzustellen, können diese zum Wirtschaftsmotor werden. Gerade im Wettlauf um die internationale Plattformökonomie gilt es, Startups und KMUs zu fördern und an den Wirtschaftsstandort Deutschland zu binden. Nur so lässt sich die Position deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich stärken und nur so kann eine msg weiterhin globale Nischenlösungen auf den Markt bringen.

INBRIEF

Gaia-X beschreitet die nächste Stufe

Die Planung des europäischen Cloudprojekts Gaia-X wird konkreter. Das im Oktober des letzten Jahres vorgestellte [Projekt](#) soll neue Dateninfrastrukturen schaffen, die den europäischen Werten entsprechen und Datenstandards hochhalten. Gleichzeitig könne Gaia-X starre Strukturen auf dem Cloudmarkt aufsprengen und die Abhängigkeit der Nutzenden von ausländischen Cloudanbietern minimieren, wie Computer&Automation am 6. Juni berichtete. Die Erwartungen an das Projekt sind hoch: Laut eines Artikels der ZEIT vom 4. Juni betitelt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier Gaia-X als „Moonshoot der Digitalpolitik“, als er gemeinsam mit seinem französischen Kollegen Bruno Le Maire weitere Details der Projektplanung vorstellte. Mittlerweile hat sich ein Gründungskonsortium aus 22 Unternehmen, die je zur Hälfte aus Deutschland und Frankreich stammen, zusammengefunden. Die deutsche Seite vertreten u. a. SAP, Siemens, die Deutsche Telekom, Bosch, BMW und die Fraunhofer-Gesellschaft. Um das Gaia-X-Netzwerk weiter voranzutreiben, soll laut Tagesspiegel Background vom 5. Juni in den nächsten Wochen eine Non-Profit-Organisation mit Sitz in Brüssel gegründet werden. Aufgabe dieser Netzwerk-Organisation werde es sein, den weiteren Projektrahmen zu gestalten und zentrale Funktionalitäten bereitzustellen. Geplant sei, die Satzung im Laufe des Jahres auszuarbeiten, sodass die Vereinigung Ende 2020 einsatzbereit sein werde, führt der Tagesspiegel weiter aus. Dass Gaia-X nun möglichst schnell erste Angebote auf den Markt bringen müsse, unterstrich auch [Bitkom](#)-Präsident Achim Berg. Währenddessen bleibt [netzpolitik.org](#) skeptisch, ob Gaia-X den Vorsprung der existierenden Cloud-Plattformen aufholen kann. Dieter Janecek, Sprecher für Digitale Wirtschaft der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, [betonte](#), dass die Bundesregierung nun beweisen müsse, ob sie Digitalisierung könne.

Schule neu denken – Hausaufgabe für alle

In der Corona-Krise wurde deutlich, wie groß der Handlungsbedarf ist, den Schulunterricht neu zu denken. Bedarf an innovativen Lösungen besteht von der technischen Ausstattung über die Kompetenzen von Lehrer*innen und Schüler*innen hinweg, bis hin zu neuen Lehrformaten und Inhalten. Am besten werden die Lösungen noch vor Beginn des Schuljahrs 2020/21 umgesetzt.

Um diese Herausforderung zu meistern, starteten Verena Pauser, Vorstand und Gründerin der [Digitale Bildung für alle e.V.](#), und Max Maendler, Gründer und Geschäftsführer des Netzwerks für engagierte Lehrer [lehrermarktplatz.de](#), am 8. Juni einen bundesweiten Schulhackathon [#WirfürSchule](#). Der Hackathon richtete sich als Ideenwerkstatt an Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulleiter*innen, Elternvertreter*innen sowie an Vertreter*innen der Kultus- und Digitalverwaltung.

Ein Thema des Hackathons, das unabhängig von der Corona-Situation immer wichtiger wird, ist die Vereinbarkeit von Fern- und Präsenzunterricht. Besonders drängend sind dabei zwei Fragen: Wie kann trotz Homeschooling ein Gemeinschaftsgefühl mit Teamarbeit entstehen? Und wie können diese modernen Schulformen strukturiert werden, ohne Lehrende und Eltern zu überfordern?

Beteiligte des Hackathons [#WirfürSchule](#) hoffen auf eine zeitnahe Implementierung der vielversprechenden Projekte. „Ich wünsche mir, dass die ersten Ideen bis zum kommenden Schuljahr fertiggebaut werden“, teilt Max Maendler in einem Interview auf [gründerszene.de](#) mit. Sein Wunsch wäre, dass die Projekte teilweise aus dem Digitalpakt Schule der Bundesregierung finanziert werden würden.

Anlässlich des EU-Digitaltags am 19. Juni ist auch die Initiative [Digitalität20](#) unter dem Motto [#schuleneudenken](#) entstanden. Staatsministerin für Digitalisierung Dorothee Bär veranstaltete die Initiative mit. Ihre ganz persönliche Vision von Schule ist, „dass alle gerne hingehen, es gar nicht als Arbeit empfinden und sich auf das freuen, was der Tag bringen wird“. Im Hinblick auf Digitalisierung der Schule betont Frau Bär insbesondere die Chance, dass digitale Möglichkeiten das individuelle Lernverhalten unterstützen können.

Gesetzgebung fit für die Digitalisierung machen

mit einem Kommentar von Oliver Rack, Politics for Tomorrow e. V. Da die Digitalisierung in vielen älteren Gesetzen schlichtweg nicht vorgesehen ist, tauchen heute rechtliche Unklarheiten und gesetzliche Grauzonen auf. Es stellt sich die Frage, ob die geltenden Gesetze digitalisierungstauglich und innovationsfreundlich sind. Hierfür kündigte die Staatsministerin für Digitalisierung Dorothee Bär im Oktober 2019 das Vorhaben

„Digital Check“ an. Dieses Vorhaben sehe ein Screening aller bestehenden Gesetze vor, um die Digitalisierung mitzudenken und neue Technologien in die Fachverfahren zu integrieren. Zudem sei die Digitalisierungstauglichkeit neuer Gesetze vor ihrer Einführung zu prüfen. Um den Digital Check umzusetzen, solle im Rahmen von Digitallaboren eine Check-Liste erarbeitet werden, die dann künftig bei allen Gesetzen anzuwenden sei, erläuterte Dorothee Bär im Tagespiegel Background vom 09.10.2019. Ein passendes Gesetzesvorhaben für die Durchführung eines solchen Labors gibt es aber bis heute nicht.

Oliver Rack, Leiter des Bereichs Open Government und Grundsatzangelegenheiten bei [Politics for Tomorrow e.V.](#), hat uns am 25. Juni seine Stellung zum Digital-Check-Vorhaben erörtert: „Das Digital-Check-Vorhaben kann als dezentraler Prüfstein-Mechanismus eine Schlüsselmaßnahme für die Innovationsfähigkeit Deutschlands und erfolgsversprechend sein – wenn die Digitalisierung generell staatlich verfasst wäre. Anders als Frankreich mit dessen „Loi pour une République numérique“ hat Deutschland Probleme, die digitale Welt als Erweiterung der bisherigen zu akzeptieren und die Staatsräson in ihr zu beschreiben und zu verfassen. Ein solche

Verfasstheit würde Ziele und Ressourcen zur Digitalisierung absichern und zu einem Normal werden lassen – auch für Haushaltsverantwortlichkeiten und Pflichten in den fachverantwortlichen Verwaltungsgliedern. Dies gelte zum Beispiel bzgl. Stadtentwicklung oder Data-Driven-Government. Auch würde dies den Digital Check zu einem dezentralen und föderal funktionsfähigen Mechanismus machen – bis hin zu einem doppisch angelegten Digital-Haushalt.“

Ein inspirierendes Beispiel für den Digital Check kommt aus Dänemark, wo 2011 eine entsprechende [Initiative](#) startete: Dabei wurden sieben Prinzipien erarbeitet, die seit 2018 bei der Verabschiedung von relevanten Gesetzen mit „ICT Impact“ (Information and Communication Technology) obligatorisch anzuwenden sind. In der Schweiz hat der [Staatssekretariat für Wirtschaft](#) 2018 die Auswirkungen der EU-Strategie für einen digitalen Binnenmarkt auf die nationale Digitalwirtschaft ausgewertet und geprüft, um herauszufinden, wo die bestehende wirtschaftspolitisch relevante Gesetzgebung die Digitalisierung unnötig behindert. In [Finnland](#) sind die Auswirkungen von Regelungsvorhaben auf Innovationen bereits seit 2008 Teil der Gesetzesfolgenabschätzung.

INPERSON

Netzwerktreffen „Digitale Synergien“

Veränderungsmanagement in der öffentlichen Verwaltung während Corona: Organisation, Motivation und Führung

„Veränderungen geschehen nicht nur zufällig, sondern können strategisch geplant werden!“, begann Aydan Portakaldali aus der Projektgruppe „Digital Innovation Team/E-Government-Agentur“ im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ihren Impulsvortrag. Auf dem zwöften Netzwerktreffen am 9. Juni diskutierten ca. 20 Teilnehmende über Veränderung und Innovation in der öffentlichen Verwaltung. Unter ihnen waren Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, des Robert Koch-Instituts, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Berlin, von Politics for Tomorrow e.V. und von 4Germany.

Aydan Portakaldali führte weiter aus, welche Gegebenheiten vorhanden sein müssen, damit Innovation entstehen kann: „Heute sind theoretisch alle IT-Fragen lösbar. Notwendig ist jedoch die Bereitschaft für Veränderung und Innovation in der Verwaltung.“ Erfolgskomponenten seien das richtige Mindset, Mut und Leadership. Erfolgreiche Teams brauchten Chefinnen und Chefs, die sich als „Leader“ – nicht als „Boss“ – verstünden und den Mitarbeitenden Freiräume für Eigeninitiative schafften. Um zukunftsfähig zu werden, solle die öffentliche Verwaltung nach einem solchem Leadership-Modell streben. Viele der Teilnehmenden sprachen die Hierarchiestrukturen in

der öffentlichen Verwaltung ebenfalls an und diskutierten, ob die strenge Rangordnung ein Hindernis für Veränderung in der Verwaltung sei. Die meisten Gäste waren sich einig, dass es für die Implementierung von Veränderungsmöglichkeiten in der Verwaltung nicht so wichtig sei, die Hierarchiestufen abzubauen, sondern vielmehr auf das Ermöglichen von effizienterem Arbeiten, beispielsweise durch kürzere Kommunikationswege, ankomme. Betont wurde im Laufe der Diskussion immer wieder, dass klare strategische Ziele und eine einheitliche Infrastruktur zwei wichtige Komponenten für

die erfolgreiche Steuerung von Veränderungen und Innovationen in der öffentlichen Verwaltung darstellten.

Während die öffentliche Verwaltung zwar viele Impulse für Veränderungen von außen empfangt, seien für eine nachhaltige Implementierung dieser Veränderungen Impulse von innen entscheidend. „Die Verwaltung braucht kluge Leute, die intrinsisch motiviert handeln und innovative Themen voranbringen!“, schloss Aydan Portakaldali.

INFOCUS

Innovation im öffentlichen Sektor: Der Schlüssel für eine moderne Verwaltung

Digitalisierung, demografischer Wandel, Klimawandel, Corona-Krise: Der öffentliche Sektor steht stets vor neuen, komplexen Herausforderungen; der Druck auf die öffentliche Verwaltung wächst. Neue Ideen und Lösungsansätze werden benötigt. Innovationsfähigkeit ist dabei der Schlüssel, um reflektiert entscheiden und erforderliche Maßnahmen umsetzen zu können.

Schumpeter (1952) prägte den Begriff der Innovation:¹ Innovationen sind Neuerungen mit dem Anspruch, das Bestehende zu verbessern und gelten daher als Treiber zu Fortschritt, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Erfolgreiche Innovationen entstehen aus den Bedürfnissen der Kund*innen/Nutzer*innen (Wünschbarkeit), einer rentablen Lösung (Wirtschaftlichkeit) und der technischen Umsetzbarkeit (Machbarkeit).²

Im privaten Sektor gilt Innovationsfähigkeit als entscheidender Wettbewerbsfaktor und als Voraussetzung für Wachstum und Erfolg. Auch die öffentliche Verwaltung muss innovativ werden, um zukunfts- und wettbewerbsfähig zu

sein. Daher hilft vor allem die Innovationsfähigkeit dem öffentlichen Sektor, auf Anforderungen schnell zu reagieren und dabei neue Wege zu beschreiten.

Die Erwartungen der Bürger und Bürgerinnen an die Leistungen des öffentlichen Sektors wächst. Gefordert werden benutzerfreundliche Dienstleistungen und Service-Orientierung. Die Wichtigkeit von Innovation zeigt sich auch in der aktuellen Corona-Krise.³ Unter Zeitdruck sind neue Lösungsansätze zu finden; innovatives Handeln ist gefragt.

Allerdings stößt die Aussicht auf einen Wandel zu einer innovationsfreundlichen Kultur nicht immer auf Zuspruch. Hürden wie mangelnde Ressourcen, fehlende Anreize für Beschäftigte, eine nicht ausreichende Kooperation zwischen den administrativen Ebenen sowie eine risikoaverse Verwaltungskultur erschweren die Akzeptanz von Innovationen. Stellenabbau, fehlende Personalkapazität sowie das starre Image der Verwaltung beeinträchtigen die Personalgewinnung.

Auch bürokratische Strukturen sowie Wissens-Silos sind laut einer Studie der OECD (2017)⁴ hinderlich für die Innovationsfähigkeit.

Um ein effizientes, effektives Innovationsmanagement in den Verwaltungen zu etablieren, bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen und Strukturen. Diese umfassen

- Innovationslabore
- Etablierung einer Fehlerkultur
- Kundenzentrierung
- Agile Vorgehensweisen und Prozesse
- Interdisziplinäre Teams
- Freiräume im Arbeitsprozess
- Kollaboratives Arbeiten
- Anreize zur Partizipation am Innovationsprozess
- Innovative Konzepte und Methoden wie Open Innovation, Design Thinking, Crowdsourcing und Communities of Practice

Innovationslabore bieten einen geschützten Raum. In diesem lassen sich Ideen generieren und umsetzen. Interdisziplinäre Akteure wie Expert*innen, Interessierte und Kund*innen können durch innovative Methoden und Kreativitätstechniken Wissen austauschen und Ideen entwickeln. Auch ist eine Fehlerkultur in der öffentlichen Verwaltung zu etablieren: Fehlgeschlagene Versuche sollen

als willkommene Lernerfahrungen aufgenommen und nicht sanktioniert werden. Erfolgreiche Unternehmen wie Google und Apple setzen auf Kreativräume: Sie sollen die Kreativität anregen, zum Reflektieren einladen sowie die Zusammenarbeit und den Wissensfluss fördern.⁵ Weitere Möglichkeiten der Ideenfindung sind Ideenwettbewerbe auf Internetplattformen und Aufrufe zur Mitwirkung.⁶ Hierbei wird das Wissen Externer integriert, um Probleme zu lösen und neue, kreative Ansätze zu finden.

Der Einsatz innovativer Konzepte und Methoden wie Open Innovation, Design Thinking, Crowdsourcing, und Communities of Practice steigert die Innovationsfähigkeit. Die Ideen und Bedürfnisse der Kund*innen rücken in den Fokus. Es findet die Öffnung des Innovationsprozesses statt. Erfahrungen aus dem privaten Sektor und die Integration von Nutzer*innen und Kund*innen in den Innovationsprozess bieten deutliche Effizienzvorteile.⁷

Ein Wandel der Verwaltungen von bürokratischen Organisationen hin zu Dienstleistern mit Fokus auf Transparenz, Effizienz, Verantwortung und Kundenorientierung ist erforderlich⁸ und lässt sich mit Innovationsmanagement erfolgreich unterstützen.

Von Katharina Nowak, Associate Business Consultant Public Sector, msg

1 Vgl. Schumpeter, Joseph, 1952: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergeinn, Kapital, Kredit, Zins und Konjunkturzyklus. 5. Aufl. Berlin.
 2 Vgl. Lewrick, Michael; Link, Patrick; Leifer, Larry, 2020: Das Design Thinking Toolkit. Die besten Werkzeuge & Methoden. Vahlen.
 3 https://ec.europa.eu/germany/news/20200623-innovationsanzeiger_de
 4 https://read.oecd-ilibrary.org/governance/fostering-innovation-in-the-public-sector_9789264270879-en#page1
 5 Vgl. Lewrick, Michael; Link, Patrick; Leifer, Larry, 2020: Das Design Thinking Toolkit. Die besten Werkzeuge & Methoden. Vahlen.
 6 Vgl. Hilgers, Dennis, 2012: Open Government: Theoretische Bezüge und konzeptionelle Grundlagen einer neuen Entwicklung in Staat und öffentlichen Verwaltungen. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 82, 631-660.
 7 Vgl. Innovationsbarometer 2017: https://innovation-gute-arbeit.verdi.de/++file++5c99fd05dda4fb67d215c0ea/download/V-R13_018_Innovationsbarometer_RZ_web.pdf3
 8 Vgl. Denhardt, RB; Dennhardt, JV, 2000: The new public service: serving rather than steering. Public Adm. Rev. 60, 549-559

POLITICAL VOICE

von MdB Jessica Tatti, Sprecherin für Arbeit 4.0 der Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag

Führen technische Innovationen zu sozialem Fortschritt?



Man staunt, wenn man die Hochglanzbroschüren von Beratungsfirmen zur Digitalisierung – „Mehr Tempo! Mehr Wachstum! Mehr Gewinn!“ – und Studien zur betrieblichen Praxis – „zögerliche Digitalisierung, wenig Wachstum, Polarisierung von Gewinnen“ – nebeneinanderlegt. Was stimmt denn jetzt? Sollten wir einfach die Zähne zusammenbeißen und zügig durch das Jammertal ins verheißene goldene Zeitalter schreiten? Oder müssen wir Digitalisierung als Bedrohung für die Erwerbsgesellschaft, Wohlstand und Freiheit begreifen? Ganz so einfach ist es nicht: Ich bin der Überzeugung, dass technische Innovationen nicht kausal zu guten oder schlechten sozialen Veränderungen führen. Entscheidend ist, wie wir Technologien betrieblich und gesellschaftlich einsetzen.

Von Träumen und Realitäten

Intelligente Robotik könnte Menschen von harter und gefährlicher Arbeit befreien. Aber: Aus der betrieblichen Praxis wird von Arbeitsverdichtung, ausufernden Überstunden und Stress berichtet. Technologien werden weniger zur Entlastung als zur Rationalisierung und Kostenersparnis eingesetzt – auch knallhart gegen die Interessen der Beschäftigten.

Durch Homeoffice konnten viele Beschäftigte trotz der Corona-Krise weiterarbeiten. Wollen Unternehmen Homeoffice dauerhaft etablieren, müssen sie Cloud-Lösungen implementieren. Für die Beschäftigten ist hochriskant, dass sie keine Kontrolle über Daten haben, die dort über sie gesammelt werden: lückenlose Überwachung, Autonomieverluste und die Verletzung von Persönlichkeitsrechten?

Heute werden komplexere Produktions- und Entwicklungsprozesse auch mittels Crowdsourcing umgesetzt. Das bietet faszinierende Möglichkeiten zur Einbeziehung von Lieferanten und Kund*innen, wird aber auch genutzt, um durch Outsourcing Arbeitsstandards wie etwa Tarif- und Mindestlohn, Lohnfortzahlung und Sozialversicherungspflicht zu unterlaufen. Bei einigen Plattformunternehmen scheint mir das Geschäftsmodell eher in der Ausbeutung der Erwerbstätigen zu bestehen.

Im technologischen Wandel könnte eine Debatte über Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich geführt werden. Stattdessen fordern Arbeitgeberverbände ein „modernes“ Arbeitszeitgesetz ohne Tageshöchst Arbeitszeit und Ruhezeiten. Modern? Mich erinnert das an die Frühzeit der Industrialisierung. Das wäre ein fataler Rückschritt und würde die Erfolge der Arbeiterbewegung zunichtemachen, die wichtige soziale Fortschritte für unsere Gesellschaft erkämpft hat. Diese Errungenschaften müssen wir mit aller Kraft verteidigen.

Gute Arbeit muss immer wieder neu erstritten werden

Führen also technische Innovationen zu sozialem Fortschritt? Nein, nicht automatisch. Wird Technik zur Effizienzsteigerung nach der klassischen Ökonomik eingesetzt, kann die Digitalisierung bestehende Machtverhältnisse verschärfen und zu massiven sozialen Verwerfungen führen. Es braucht den politischen Willen, die gesetzlichen Leitplanken so zu setzen, dass technologischer Wandel dem Wohl der ganzen Gesellschaft dient.

TERMINANKÜNDIGUNGEN

02. – 15.07.2020, Ausstellung „twentyforty – Utopias for a Digital Society“

dreizehn Utopien für die digitale Gesellschaft, verfasst von visionären Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Fachgebieten

Veranstalter: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft

Ort: Haus der Statistik, Karl-Marx-Allee 1, 10178 Berlin

Anmeldung nach Timeslots unter <https://www.hiig.de/events/exhibition-twentyforty/>

18.08.2020, 8:30 – 10:00, Netzwerktreffen young+restless zum Thema “Digitale Helden gegen Cybermobbing“

mit Daniel Domscheit-Berg; Ronja Kemmer, MdB und Lukas Pohland, Betroffener und aktiv gegen Cybermobbing

Veranstalter: BASECAMP

Ort: BASECAMP, Mittelstraße 51-53, 10117 Berlin

Anmeldung unter: <https://www.basecamp.digital/event/young-restless-digitale-helden-gegen-cybermobbing-besser-vorbereitet-fuer-die-digitale-zukunft/>

20.08.2020, Barcamp „Verwaltung. digital. gestalten.“

zur neuen Arbeit im öffentlichen Sektor mit zahlreichen Impulsen für die Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung

Veranstalter: NExT e.V. und Fraunhofer FOKUS

Ort: Online

Anmeldung unter: https://www.fokus.fraunhofer.de/de/dps/barcamp_200820

MITWIRKENDE AUTOREN:



Alexandra Evdokimova



Helena Schmitt



Katharina Nowak

IMPRESSUM

Herausgeber

msg systems ag
Robert-Bürkle-Straße 1
85737 Ismaning/München
Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Stephan Frohnhoff
Rolf Kranz
Bernhard Lang
Karsten Redenius
Dr. Jürgen Zehetmaier

Redaktionsleitung:

Regina Welsch
msg systems ag
Friedrichstraße 120, 10117 Berlin
Mobil: +49 1520 238 5842
E-Mail: public-affairs@msg.group